Polizei. Wissen.
Themen polizeilicher Bildung

Politische Bildung und Polizei

Herausgeber
Bernhard Frevel

ISSN 2567-6849

Verlag für Polizei wissenschaft

Vorwort des Herausgebers zum 2. Heft von „Polizei.Wissen“

Die Zeitschrift „Polizei.Wissen“ nimmt für sich in Anspruch, hochkomplexe Themen, die die Arbeit der Polizei berühren, aus verschiedenen Perspektiven in sehr kurzen Texten zu beleuchten. Als Wegmarke waren für das erste Heft ein Maximum von 10.000 Zeichen pro Text ausgegeben worden. Für das zweite Heft wurde dieses Maximum ausnahmsweise auf 20.000 Zeichen erhöht. Damit ist jeder Beitrag in diesem Heft immer noch knapp halb so lang wie ein durchschnittlicher Fachartikel in einer wissenschaftlichen Zeitschrift. Das war mir wichtig, denn eines möchte „Polizei.Wissen“ auf keinen Fall sein: Ein Produkt des akademischen Elfenbeinturms für den akademischen Elfenbeinturm.

„Eines möchte „Polizei.Wissen“ auf keinen Fall sein: Ein Produkt des akademischen Elfenbeinturms für den akademischen Elfenbeinturm.“

„Polizei.Wissen“ möchte informieren und mehr noch: diskutieren. Und das tut das nunmehr vorliegende zweite Heft. Es diskutiert die Frage nach der politischen Bildung für die Polizei. Ähnlich wie im ersten Heft, wo der Frage nachgegangen wurde, wie interkulturelle Kompetenz für die Polizei aussehen könnte, ist auch dieses Heft aus unterschiedlichen Perspektiven verfasst und macht in seiner Gänze eines besonders deutlich: politische Bildung bei der Polizei muss weit mehr sein als Staatsbürgerkunde.

Sie geht einher mit der Fähigkeit, unterschiedliche Weltanschauungen zu erkennen und zwischen bewusster Toleranz und schludrigem Laisser-Faire zu unterscheiden. Sie geht mit der Fähigkeit einher, mit der dauerhaften Unlösbarkeit von Konflikten leben zu lernen in dem Sinne von „we agree to disagree“, sowie mit einer Akzeptanz von Pluralität in Behörde und Gesellschaft. Und sie geht einher mit einer anwendungsbezogenen Kenntnis der Menschenrechte.

„Politische Bildung bei der Polizei muss weit mehr sein als Staatsbürgerkunde.“

Wie das alles im Polizeialltag zusammenfinden soll weiß kein Mensch. Deswegen diskutiert das vorliegende Heft verschiedene Positionen, ohne eine endgültige Antwort zu liefern. Die kann nur das Ergebnis weiterer Debatten sein, zu denen das aktuelle Heft einen Beitrag liefern möchte.

Prof. Dr. Jonas Grutzpalk (als Herausgeber der Zeitschrift „Polizei.Wissen“)
Bielefeld, im Februar 2018

Inhalt

Editorial: Politische Bildung und Polizei

Bernhard Frevel

Politischer Extremismus als Thema der Polizeiausbildung an Fachhochschulen

Hans-Gerd Jaschke

Polizei trifft Zivilgesellschaft - Perspektiverweiterung als Element politischer Bildung

Susanne Feustel

Dezentrale bedarfsorientierte Bildungsarbeit bei der Berliner Polizei mit dem Ziel diversityorientierter Kompetenzvermittlung

Ann-Sofie Susen

Anti-Diskriminierung als Kernprinzip menschenrechtlicher politischer Bildung im Kontext der polizeilichen Aus-, Fort- und Weiterbildung

Albert Scherr

Editorial: Politische Bildung und Polizei

von Bernhard Frevel*

Gemäß ihrer Rolle als Repräsentantin des staatlichen Gewaltmonopols obliegt der Polizei die besondere Verantwortung, ihr Handeln nicht lediglich an Recht und Gesetz zu orientieren. Vielmehr sind zudem die Achtung der Menschenrechte sowie demokratischer Werte maßgeblich für die polizeiliche Aufgabenerfüllung.

Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, benötigen Polizistinnen und Polizisten im Rahmen ihrer Aus- und Fortbildung politische Bildung, die sie befähigt, kritisch-reflektiert Einsatzanlässe in ihrem politisch-sozialen Kontext zu verstehen, Urteilsfähigkeit zu entwickeln und die Menschenwürde achtend im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu handeln. Vor diesem Hintergrund wurde von den Konsortialpartnern Bundeszentrale für politische Bildung, der Deutschen Hochschule der Polizei sowie der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes NRW im Jahr 2016 ein auf zwei Jahre Laufzeit angelegtes Projekt „Politische Bildung und Polizei“ aufgelegt. Dessen Kernziele liegen darin,

- auf der Basis bestehender Angebotsstrukturen innerhalb der polizeilichen Aus- und Fortbildung Bildungsbedürfnisse zu erheben und weitergehende Bildungsbedarfe zu identifizieren sowie darauf aufbauend
- Bildungsangebote (z.B. Seminare, Workshops, Trainings) für die Zielgruppe Polizei zu entwickeln. Diese Angebote

können dann bei Bedarf von den Polizeien des Bundes und der Länder im Rahmen der Aus- und Fortbildung genutzt werden und insgesamt zu einer Optimierung der Bildungspraxis beitragen.

Dabei liegt der Fokus insgesamt auf den Themen „Politischer Extremismus“, „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, „Menschenrechtsbildung“ sowie auf dem Feld der „historisch-politischen Bildung“.

„In der polizeilichen Ausbildung wird häufig eine kognitiv ausgerichtete Lehre verfolgt, doch ist die Orientierung an demokratischer, Menschenrechte achtender Haltung zu stärken.“

Am 26./27.10.2017 fand im Projektkontext ein hier dokumentierter Expertenworkshop statt. Ziel war es, mit den Expertinnen und Experten aus dem Projektbeirat, projektexternen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie politischen Bildnern über Angebotsstrukturen, Formate und Gestaltungsmöglichkeiten politischer Bildung zu reflektieren, verschiedene Herausforderungen der Bildungspraxis in der Aus- und Fortbildung zu identifizieren und zu vergleichen, Defizite der bisherigen Strukturen zu erörtern und Perspektiven für die Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit aufzuzeigen.

Dr. Hans-Gerd Jaschke, Professor für Politikwissenschaft an der - den gehobenen Dienst der Berliner Polizei ausbildenden - Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin, betrachtete „Politischen Extremismus als Thema der fachhochschulischen Bildungsarbeit“. Es wurde herausgearbeitet, dass die Befassung mit dem Extremismus